



Sitzungen des Stadtrats 2021

Dezember - Stadtratssitzung

Quelle: D'Region

Schwerpunkte

- Bewilligung der Erhöhung des Projektierungskredits fürs Schulhaus Schlossmatt
- Autofreier Sonntag: Anlass zu Diskussionen
- Neue Stadtratspräsidentin für 2022: Esther Liechti-Lanz (EVP)
- Stadträtin Julia Blaser (EVP) löst Stadträtin Tabea Bossard-Jenni ab.
- Einlagen durch den Schauspieler «Mägi Hene» unterbrochen. Er beschenkte den Stadtrat (SR) mit einem «Zvieri» und sorgte im weiteren Verlauf der Sitzung für humorvolle Unterbrechungen. Diese kabarettistischen Einlagen waren ein Abschiedsgeschenk von Karin Fankhauser.

Informationen

- ... von Stadtpräsident Stefan Berger über den Burgdorfer Busbahnhof: aufwendige Planungsarbeiten; Projekt wegen Einsprachen sistiert. Problem: Höhe der Anlegekanten (rollstuhlgängig) | Überarbeitung des Projekts, Fahrversuch | Entschluss, ein neues Projekt auszuarbeiten | Zeitplan: Inbetriebnahme 2026, bei erneuten Einsprachen spätestens 2030
- GR Christoph Grimm über die Corona- Situation an der Volksschule:

Einzelne Klassen seien im Fernunterricht oder in Quarantäne.

Wiederum bedeute die Situation eine grosse Herausforderung für alle Beteiligten.

Die Stadt Burgdorf handle nach kantonalen Vorgaben und schliesse die Volksschulen bereits ab 18. Dezember 2021 für die Weihnachtsferien.

- Sportlerehrung im Januar in besonderer Form
- Sportnacht - Premiere vor den Frühlingsferien

Auflösung der Innenstadt Parkhaus AG

Die Burgdorfer Innenstadt Parkhaus AG (PAG) führt seit der Eröffnung im Juni 1990 das Parkhaus in der Oberstadt. Alleinaktionärin ist die Stadt Burgdorf.

Schlechte Auslastung

Überführung zur Stadt bewirkt eine schlankere Organisation und einfachere Entscheidungswege.

Neu wird das Parkhaus als Teil des Parkplatzfonds geführt, womit die Konkurrenzierung zwischen dem Parkhaus und den Parkplätzen auf öffentlichem Grund wegfällt.

Nachteil ist das Entfallen des Buchgewinns von jährlich 100 000 Franken für Darlehensamortisation zugunsten des Allgemeinen Haushalts.

Kompensation mit dem einmaligen Buchgewinn bei der Überführung in die Stadt von 3,4 Millionen Franken

Der SR stimmte dem Antrag einstimmig zu.

Höherer Projektierungskredit für das Schulhaus Schlossmatt

Im Rahmen der Gebäudesanierungsstrategie der Stadt Burgdorf im Bereich der Schulbauten ist die Erstellung des modularen Schulbaus im Schlossmatt als erste von sechs Etappen geplant. Das Gebäude ist als Holzmodulbau konzipiert, welcher mit den nutzungsneutralen Raumeinheiten eine ausbaubare, aufwärtskompatible Grundstruktur bildet. Diese wird auch bei Umbauten in anderen Schulhäusern für die weitere Planung übernommen.

Raumprogramm: Kindergarten, Klassenzimmer und Tagesschule | und neu dazu Räume für die Heilpädagogische Schule Burgdorf (HPS), die nach dem Willen des Kantons in die Volksschullandschaft integriert werden soll.

Aufgrund der veränderten Ausgangslage steigt der Flächenbedarf für die genannten Nutzungen von 648 auf 2370 Quadratmeter. Der Projektierungskredit von 290 000 Franken (bewilligt am 14. September 2020) steigt somit auf 550 000 Franken. Der Nachkredit wurde bewilligt.

Viele private Abwasserleitungen sind in einem schlechten Zustand

Die bestehende Generelle Entwässerungsplanung (GEP) ist bereits 15-jährig. Sie muss umfassend überarbeitet und an die kantonalen und nationalen Vorgaben angepasst werden.

Das Abwassernetz der Stadt Burgdorf besteht aus rund 65 Kilometer öffentlichen und rund 60 Kilometer privaten Leitungen. Ungefähr 70 Prozent der privaten Leitungen seien in schlechtem baulichem Zustand.

So kann Schmutzwasser in den Untergrund versickern.

Mit dem neuen GEP verfügt die Stadt über ein aktualisiertes Instrument im Zusammenhang mit der Klimaentwicklung und den veränderten Niederschlagsintensitäten. Diese ermöglichen Berechnungen der Kapazität des Abwassernetzes und der Oberflächenabflüsse. Das Projekt «Überarbeitung Gesamt-GEP» mit Gesamtausgaben von 1,63 Millionen Franken wurde genehmigt.

Gemeinderat und Mehrheit des Stadtrates, auch die SVP/EDU-Fraktion gegen autofreien Sonntag auf Stadtgebiet

EVP, SP und Grüne Fraktion gelangten mit dem Auftrag an den GR, jährlich einen autofreien Sonntag auf Stadtgebiet zu überdenken.

Die Diskussion im Rat dreht sich um Zuständigkeiten, Kosten, praktische Auswirkungen.

Der Gemeinderat beantrage eine andere Formulierung. Durch Burgdorf führen auch Kantonsstrassen.

Der Auftrag wurde trotz leicht abgeändertem Wortlaut mit 17 Ja- und 19 Neinstimmen abgelehnt.

Neue BLS-Werkstätten in Oberburg?

Die Eisenbahnunternehmung BLS sucht seit längerem einen neuen Standort für ihre Werkstätte. Der bevorzugte Standort der BLS im Westen von Bern sei aus diversen Gründen umstritten. Darum beauftragte die SP-Fraktion den GR, die Verantwortlichen der BLS aufzufordern, die Möglichkeiten des Ausbaus der BLS-Werkstätte Oberburg zu prüfen.

Der Auftrag wurde mehrheitlich angenommen.

Auftrag zum Klimanotstand in der Gemeinde Burgdorf

Der Gemeinderat berichtet über die laufenden Massnahmen im Zusammenhang mit der Ausrufung des Klimanotstandes und dem Ziel, bis 2030 in Burgdorf Klimaneutralität zu erreichen,

Es geht um Grundsatzfragen: Wo können wir was, wie und womit eliminieren, reduzieren, verbessern, steigern?

Wahlen des Stadtratsbüros 2022

Esther Liechti-Lanz (EVP) ist für 2022 die Stadtratspräsidentin.

Als ersten Vizepräsidenten wählte der SR Yves Greisler (die Mitte) und zur zweiten Vizepräsidentin Anette Vogt (SP).

Franca Maurer (Grüne) wurde als Stimmzählerin bestätigt und Urs Wüthrich für die EDU/SVP-Fraktion neu gewählt.

November - Stadtratssitzung

Stadtratssitzung vom 8. November 2021, 19.00 Uhr, Gemeindesaal, Kirchbühl 23, Burgdorf

Folgende Informationen basieren auf den öffentlich verfügbaren Stadtratsunterlagen, Zusammenfassung von M. Kronauer

T 4: Kreditabrechnungen

(k = 1'000 Franken)

Es ergaben sich 135 bzw. 139 k Einsparung en bei den Arbeiten für Abwassererschliessung und Löschwasserschutz im Gebiet vom Nordosten der Stadt Burgdorf / teilweise auf Gemeindegebiet von Kirchberg. Das Gebiet umfasst 5 Gebäudegruppen.

Bei der Abwassererschliessung wurde knapp $\frac{1}{4}$ des beschlossenen Kredits eingespart, und beim Löschwasserschutz knapp $\frac{1}{3}$. Gute Bedingungen trugen zu diesem Resultat bei.

Der Stadtrat fasst folgende Beschlüsse: Genehmigung der Abrechnung für abwassertechnische Erschliessung / Kenntnisnahme der Abrechnung für Löschwasserschutz (letztere wurde vom Gemeinderat in seiner Kompetenz genehmigt).

T5: Parkierungsanlage Friedhof

Dem Stadtrat wird ein Bau- Kostenvoranschlag datiert auf Mai 2021 vorgelegt, ein Ausführungskredit von 525 k, der aus dem Parkplatzfonds abgedeckt werden soll.

Nachdem ursprüngliche Pläne mit Werkgebäuden und Parkplätzen im Haupteingangsbereich des Friedhofs im 2017 und 2018 abgelehnt wurden, sieht der neue Plan beim Eingang von der Bernstrasse her eine Erweiterung der bestehenden 13 Plätze quer zum Radweg auf 17 Plätze vor, aber auf einem vom Radweg abgetrennten Platz. Auf dem bisherigen Platz soll es einen Velounterstand und Neubepflanzungen geben. Dazu soll die Bushaltestelle mit hohen Kanten sowie die Querung Bernstrasse angepasst werden.

Mehr Parkplätze, eine angepasste Bushaltestelle und grössere Sicherheit für den Langsamverkehr: Dafür hat der Stadtrat eine halbe Million Franken bewilligt.

T 6 : Sanierung Altstadt- und Weihnachtsbeleuchtung

Ein Projekt mit Gesamtkosten von 1.84 Millionen Franken. Der Stadtrat muss dazu den Ausführungskredit bewilligen. Danach untersteht das Vorhaben auch dem fakultativen Referendum.

Gebietsmässig umfasst es die Oberstadt, die Unterstadt mit alten Gebäuden, sowie vom Schloss.

Die jetzige Beleuchtung ist in die Jahre gekommen. Problempunkte sind die Sicherheit, der Strombedarf und fehlende Ersatzteile. Kriterien wie die Denkmalpflege, die Eignung der Leuchtkörper zu Aufhängung / Kandelaber / Wandausleger müssen berücksichtigt werden. Eine moderne Steuerung ist vorgesehen. Auch die Stromzufuhr muss erneuert werden. Zahlenmässig sind es ca. 150 LED- Leuchtkörper.

Die Art der neuen Beleuchtung ist noch umstritten. Positiv gewertet wird die Erneuerung zugunsten der Sicherheit und der Einsparung von Strom. Der Kredit muss aber trotzdem als hoch eingestuft werden.

Ein Rückweisungsantrag des Geschäfts wird nur knapp abgelehnt. Der Stadtrat spricht in der Schlussabstimmung den Kredit über 1.84 Millionen.

T 7: Nachkredit für Defizit-Deckung Eissportzentrum

Der Gemeinderat berichtet über die Defizitsituation bei der REZE AG wegen Corona.

Es ist mit einem grösseren Defizit als in den Vorjahresabschlüssen zu rechnen: 775 bis 860 k.

Die Höhe des Nachkredites ist noch nicht definitiv absehbar, liegt aber bei 140 k.

Der Nachkredit wird vom Stadtrat gutgeheissen.

T 8: Budget und Finanzplan

1.7 Mio Franken Gewinn werden für 2022 budgetiert, dies aber bei einem Zuschuss von 5.4 Millionen Franken aus der Neubewertungsreserve (wie dies vom Kanton vorgeschrieben wird). Ohne diesen Zuschuss wäre das erwartete Ergebnis also in den Roten Zahlen.

Wieder sollen von diesem Überschuss Einlagen in die Spezialfinanzierung erfolgen.

Für Investitionen werden netto 6.3 Millionen Franken voranschlagt, und dies durch Neuverschuldung.

Prägende Faktoren für das Budget sind Corona (dadurch 7% weniger Steuereinnahmen von Seite der juristischen Personen), Personalkosten und Kantonsabgaben.

Der Kompass zeigt auf, dass sich der Gesamthaushalt der Stadt Burgdorf verschlechtert.

Die Abschöpfung von den Neubewertungsreserven wird bis 2025 auslaufen.

Es gibt eine leichte Verbesserung des operativen Ergebnisses. Doch der Selbstfinanzierungsgrad im Allgemeinen Haushalt von 50% wird nicht erreicht. Die Verbindlichkeiten steigen auf 120 Mio

Fehlende Erträge in der betrieblichen Tätigkeit / Verbindlichkeiten werden höher. Erst ab 2025, also noch nicht im jetzigen Zeitraum für den Finanzplan, wird es grosse Investitionen für Gebäudesanierung, Schulraum, Verwaltungsraum brauchen.

An der Pressekonferenz von Montag, 1. November wurde von unseren Behörden eingeräumt, dass mittelfristig Sparmassnahmen notwendig werden.

Kommentar M. Kronauer:

Zahlenmässig resultiert zwar im Budget 2021 ein Gewinn. Doch die Differenz zwischen effektiven Einnahmen und Ausgaben liegt bei 9 Millionen Franken. 6 Millionen werden als neue Schulden aufgenommen.

Buchhalterisch gibt es den Zuschuss von 5.4 Millionen aus der Neubewertungsreserve. Aus dieser Reserve kann aber nur bis 2025 Geld abgeschöpft werden. Nachher stehen die grossen Investitionen für die Schul- und Verwaltungsraumplanung an.

Wiederum debattiert der Stadtrat mit verschiedenen Argumenten: Die Steuerzahlenden sollten transparent informiert werden. Die Frage steht auch im Raum, ob nicht bestimmte neue Stellen, die vorgesehen sind, für das Budget eingespart werden sollten. Rot-Grün-Mitte und GLP gestehen zwar ein, dass das Budget und der Finanzplan keine Euphorie auslösen könne. Es dürfe nicht zu einem Investitionsstau kommen (und dabei rechnet man damit, dass von den geplanten 11 Millionen Investitionen in Realität nur gut 6 Millionen ausgeführt werden; eigene Anmerkung). Die Bürgerlichen + EDU haben ein Zeichen setzen wollen, dass schon für das Budget des kommenden Jahres über die Bücher gegangen wird. Demgegenüber stellt Gemeinderätin Beatrice Kuster Müller die Planung für Sparmassnahmen im Budget 2023 in Aussicht.

Dank der Mehrheit von RGM und GLP wird das Budget schlussendlich mit 21 Ja- zu 15 Nein-Stimmen doch überwiesen.

September- Stadtratssitzung

Angaben von der Stadt Burgdorf

20. September 2021, 19.00 Uhr, wieder im Gemeindesaal, Kirchbühl 23, Burgdorf

Bemerkungen

Der Stadtrat tagt öffentlich. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

In öffentlich zugänglichen Innenräumen gilt eine Maskentragpflicht. Dies gilt auch für die Stadtratssitzung.

Die Schutzmaske muss innerhalb des Gebäudes getragen werden. Personen, die an der Stadtratssitzung sprechen, dürfen für die Dauer ihres Votums die Maske runternehmen.

Es wird eine Präsenzliste geführt.

Bitte beachten Sie zudem die aktuellen Informationen und Verhaltensvorgaben zum Corona Virus des Bundesamtes für Gesundheit.

Traktanden und kurze Beschreibung

1 bis 3: Protokollgenehmigung und Informationen

4 Orientierung Geschäftsprüfungskommission (GPK) und Ergebnisprüfung

5 REVISION DER BAURECHTLICHEN GRUNDORDNUNG | GEWÄSSERRÄUME

Dabei muss noch der Teil zur Sicherung der Gewässerräume beschlossen werden.

Ausgangslage und Zweck

Die eidgenössische Gewässerschutzgesetzgebung verlangt, dass bei sämtlichen Gewässern ein Gewässerraum gesichert wird.

- Nur extensive Nutzungen
- Nur standortgebundene Bauvorhaben im öffentlichen Interesse
- Ausnahmen, wenn keine überwiegenden Interessen entgegenstehen

Auch die Kanäle gelten als Gewässer.

Hochwasserschutz ist wichtig.

Die Sicherung der Gewässerräume soll den betrieblichen und baulichen Unterhalt gewährleisten.

6. VERORDNUNG ÜBER DIE VON DER STADT BURGENDORF VERWALTETEN ZWECKBESTIMMTEN ZUWENDUNGEN DRITTER UND FONDS – REGLEMENTIERUNG VON SPEZIALFINANZIERUNGEN

3 Vorfinanzierungen werden neu geregelt:

- Fonds für Instandhaltung von Grabenaufbrüchen: Wiederherstellung der Strassenoberfläche, Markierung und Signalisation nach Grabenaufbrüchen. Die Verrechnungen an Dritte für Schäden werden für die Wiederherstellung verwendet
- Frühe Sprachförderung, Unterstützung in von der Stadt Burgdorf anerkannten und geförderten Angeboten
- Ersatz des Kunststoffrasens im Fussballfeld Neumatt, wenn dies erforderlich wird

7. ANPASSUNG HEIZUNG/LÜFTUNG/GEBÄUDEAUTOMATION INKL. ELEKTROINSTALLATIONEN IM KORNGRAUS BURGENDORF

Der Stadtrat muss über einen Kredit von 1.25 Millionen Franken befinden.

Die Räume im Kornhaus werden (wieder) voll ausgenützt.

8. ÜBERPARTEILICHER RICHTLINIEN- AUFTRAG DER GRÜNEN, DER SP UND DER EVP ZUR SCHAFFUNG EINES INVENTARS DER STANDORTE DER GEBÄUDEBRÜTENDEN GEFÄHRDETEN VOGELARTEN SOWIE FLEDERMÄUSE

Gegebenheit Juni 2020: Abbrucharbeiten an einem AEBI-Gebäude beim Bahnhof: Unkenntnis von einem Brutstandort von Mauerseglern (20 Paare). Es konnten aber 16 Küken gerettet und in Utzenstorf aufgezogen werden.

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Inventar der Gebäude zu schaffen, welche Vogelarten oder Fledermäuse der Roten Liste beherbergen. Damit verfügt die Baubehörde zukünftig über eine Grundlage zur Beurteilung von Bauvorhaben und der Verfügung von Ersatzmassnahmen.

Dabei findet der Vorschlag beim Gemeinderat Anklang, mit dem Natur- und Vogelschutz Burgdorf (NVB) zusammenzuarbeiten.

9. ÜBERPARTEILICHER RICHTLINIEN- AUFTRAG GRÜNEN, SP, EVP UND GLP BETREFFEND STRATEGIE DER LOCALNET AG ZUR LANGFRISTIGEN REDUKTION VON CO2 IN IHREN GESCHÄFTSFELDERN

"Der Gemeinderat verpflichtet die Localnet AG dazu, die ökologischen Gesichtspunkte in ihren Geschäftsfeldern verstärkt zu gewichten, damit die von der Stadt Burgdorf definierten Klimaziele der CO2 Reduktion bis 2030 erreicht werden können."

Der Gemeinderat schreibt dazu in den Unterlagen: In der Eigentümerstrategie ist auch die Rolle der Localnet AG zur Unterstützung der Stadt bei der Umsetzung des Richtplans Energie und deren Ausrichtung zur Energieeffizienz und zur Erhöhung des Anteils lokaler erneuerbarer Energien explizit aufgeführt. Doch operative Belange sind ausgeklammert.

Die Localnet AG hat ihre Geschäftsstrategie in dieser Hinsicht ausgerichtet.

Der Gemeinderat erklärt aber, die Localnet AG in ihrem Bestreben zu unterstützen, die ökologischen Gesichtspunkte in ihren Geschäftsfeldern längerfristig verstärkt zu gewichten, damit die von der Stadt Burgdorf definierten Klimaziele der CO₂ Reduktion bis 2030 erreicht werden können. In diesem Sinne wird er in der laufenden Legislatur die Eigentümerstrategie überarbeiten und den neuen Anforderungen der übergeordneten nationalen und kantonalen sowie den strategischen Zielen der Stadt anpassen. Der Gemeinderat beantragt die Überweisung des Auftrages mit dieser Erklärung.

Juni- Stadtratssitzung

Sitzung vom 21.06.2021, 19.00 Uhr, Markthalle

Corona- Schutzkonzept

Einleitend orientiert Stadtpräsident Stefan Berger über die **Vision Altstadt**.

Die Vision Altstadt 2030, welche in einem öffentlichen und partizipativen Prozess erarbeitet wurde, ist fertig formuliert und erste Massnahmen wurden bereits initiiert.

Wichtige Traktanden

4. Orientierung über die Legislaturplanung 2021 bis 2024

"Lebenswert, innovativ und nachhaltig - Burgdorf die Stadt für morgen". Unter diesem Titel hat sich der neu zusammengesetzte Gemeinderat von Burgdorf seinen Legislaturplan für die nächsten drei Jahre ausgearbeitet. Im ganzen sind darin 56 Ziele und drei Schwerpunkte festgelegt.

5. Wahlen Volksschulkommission

Die Volksschulkommission wird in der Zusammensetzung gewählt wie vorgeschlagen mit Martin Kolb als Präsidenten.

6. Geschäftsbericht, Jahresrechnung, Kompass, Finanzplan

Die Jahresrechnung 2020 der Stadt Burgdorf schliesst mit einem Gewinn von 3,7 Millionen Franken und damit um 3,4 Millionen Franken besser ab als im Budget vorgesehen. Der Gewinn aus dem Allgemeinen Haushalt von 3,5 Mio. Franken soll in die Spezialfinanzierungen Unterhaltsfonds Liegenschaften Finanzvermögen (1,8 Mio. Franken) und Schulanlagen und Verwaltungsgebäude (1,6 Mio. Franken) eingelegt werden. Dieser Gewinnverteilung hat der Stadtrat zugestimmt.

Massgeblich positiv beeinflusst haben die Rechnung Buchgewinne aus Wertberichtigungen von Grundstücken und Liegenschaften, tiefere Abschreibungen und ein ausserordentlicher Ertrag aus einem Erbfall. Negativ bemerkbar gemacht haben sich die tieferen Steuererträge und die Auswirkungen der Corona-Virus Pandemie.

Betrieblich besteht aber nach wie vor ein strukturelles Defizit, per 2020 mit einem Verlust von 3.7 Millionen Franken, dies bei Kosten, die um 4.4 Millionen angestiegen sind.

7. ... noch nicht erfüllte Motionen, Postulate und Aufträge

Auch mit Diskussion über die Rollsportanlage, welche von den Jugendlichen schon lange per Jugendvorstoss angeregt wurde.

Der Jugandantrag wird aufrecht erhalten.

8. Stellvertretungsregelung im Stadtrat, Motion SP

Stadträtinnen und Stadträte, die wegen Krankheit oder Beruf mehrere Sitzungen fehlen müssten, sollen sich vertreten lassen können.

Der Stadtrat hat die Motion an den Gemeinderat überwiesen, der nun eine entsprechende Vorlage vorbereitet.

9. Pflanzung von Bäumen entlang Einschlagweg / Brunnmattstrasse, Postulat EVP

Stadträtin Barbara Lüthi (SVP) weist darauf hin, dass es für Baumpflanzungen auf Landwirtschaftlichen Nutzflächen kantonale Vernetzungsprojekte gibt.

Doch das Postulat erhält Zustimmung, weil ein Postulat ist ein Prüfauftrag.

10. Fahrradabstellplätze beim Bahnhof, Seite Nord, Interpellation SP

Beim Ausgang im Norden des Bahnhofs Burgdorf in Richtung Kirchbergstrasse, gibt es seit vielen Jahren einen provisorischen Abstellplatz für Fahrräder. Die Velos werden kreuz und quer in der Landschaft abgestellt und es herrscht ein Chaos. Die SP der Stadt Burgdorf erkundigt sich nach dem Stand der Dinge für einen neuen Velounterstand für mehrere hundert Fahrräder.

Für die Überbauung "Schlössli" wird schon lange geplant. Doch gibt es keine Neuigkeiten. Die AG versuche die Überbauung an einen Investor:in zu verkaufen, heisst es in der Antwort vom Gemeinderat auf den Vorstoss. Der Velo-Unterstand sei im Keller in einem Baufeld der Überbauungsordnung geplant.

Mai-Stadtratssitzung

Datum: Montag, 17.05.2021, 19:00, in der Markthalle

Quelle: Stadt Burgdorf und Zusammenfassung / Berichterstattung von M. Kronauer

Wichtige Traktanden

Informationen

Gemeinderat Christoph Grimm: Auch dieses Jahr ist die Solätte abgesagt. Am 28. Juni ist aber ein besonderer Schulmontag geplant.

4. Orientierung über die Digitalstrategie von Andi Rössler

"Burgdorf eifach". Wichtigstes Ziel ist die Kundenorientierung nach innen (Stadtverwaltung) und aussen (Bevölkerung von Burgdorf). Barrierefreiheit (auch analog) ist die Mission.

5. Kreditabrechnung Ersatzbeschaffung Kehrichtwagen 2020

Der Kehrichtwagen konnte zum offerierten Preis beschafft werden. Die Reserve für Unvorhergesehenes wurde für die Zusatzoption Seitentür zwischen der Kabine und dem Aufbau verwendet.

Für den Kehrichtwagen konnten Vorsteuern im Betrag von CHF 47'533.75 abgerechnet werden.

Der Antrag lautet: "Die Kreditabrechnung über die Ersatzbeschaffung des Kehrichtwagens mit Ausgaben von CHF 617'322.05 bei Minderausgaben von CHF 47'677.95 wird genehmigt". *Der Stadtrat stimmt diesem Antrag einstimmig bei einigen Enthaltungen zu.*

6. Datenschutzreglement (DSR), Teilrevision 2021 Internet Bekanntgabe

Die Datenschutzverordnung des Kantons Bern, Art. 2 gibt unter der Marginalie „Veröffentlichung in elektronischer Form“ vor, dass bei Veröffentlichung von Personendaten mittels automatisierter Informations- und Kommunikationsdienste eine gemeindeeigene Rechtsgrundlage vorliegen muss, welche auch die Datenbekanntgabe ins Ausland regelt.

Für Burgdorf braucht es somit eine Rechtsgrundlage, welche die Bekanntgabe öffentlich zugänglicher Informationen mit Personendaten im Internet und mittels internetähnlichen Diensten (Abrufs mittels Geräten wie iPad, bzw. mittels der entsprechenden Applikationen) regelt.

Es geht um Personendaten, welche in Beschluss- und Wortprotokolle von öffentlichen Sitzungen (z.B. Stadtratsprotokolle) und anderen öffentlichen Veranstaltungen aufgeführt werden sowie weitere Akten der Stadt wie z.B. Baugesuchsunterlagen, Bilder, Karten, Geo-Informationen.

Die Stadt Burgdorf regelt dies auf Verordnungsebene, im Kompetenzbereich des Gemeinderates. Dazu braucht es aber die entsprechende reglementarische Grundlage. Für diese Ermächtigung in Form einer Teilrevision des Datenschutzreglements, resp. die Aufnahme eines entsprechenden Artikels, braucht es diesen Stadtratsbeschluss.

Der Stadtrat genehmigt die Reglementsänderung einstimmig.

7. Teilrevision Hundereglement

- a) Aufhebung Sonderlösung für Sozialhilfebezüger
- b) Festlegung Hundetaxe --> übergeordnetes Kt. -Recht, nur noch Gebührenrahmen festgelegt⁴
- c) Wegfall Kontrollmarke --> --> übergeordnetes Kt. -Recht mit Chip

Sozialhilfe- Und Ergänzungsleistungen- Bezüger müssen künftig die ganze Hundetaxe zu 100 Franken bezahlen. Bisläng galt eine reduzierte Taxe von 5 Franken. Die meisten Berner Gemeinden kennen keine Sonderregelung dieser Art. Der Gemeinderat begründet auch damit, dass die bisherige Regelung zu übermässigem Verwaltungsaufwand führe. Die SP (Sprecher: Peter Hauser) stellte den Antrag: Der ersten Mahnung sollte ein Schreiben beigelegt werden. Im Brief sollten die Sozialhilfebezüger darauf hingewiesen werden, dass sie ein Gesuch für den Erlass der Hundetaxe einreichen könnten. Der Rat hat diesen Antrag mit knapper Mehrheit abgelehnt. Das revidierte Hundereglement verabschiedete der Stadtrat trotzdem einstimmig.

8. Richtlinien- Auftrag SP-Fraktion betreffend Offenlegung Interessenbindungen

Wortlaut

1. Der Gemeinderat wird beauftragt die Interessenbindungen der amtierenden Stadt- und Gemeinderäte auf der Website der Stadt zu publizieren.
2. Das Verzeichnis der Interessenbindungen für den Stadt- und Gemeinderat soll jährlich nachgeführt werden.

... also auch von den Mitgliedern des Gemeinderates (beim Stadtrat ist dies schon umgesetzt)

Alles im Umfang dieses Auftrages hat der Gemeinderat schon veranlasst, daher beantragt er Annahme und abschreiben. *Der Stadtrat folgt diesem Antrag einstimmig.*

9. Auftrag FDP-Fraktion betreffend Anpassung Abstimmungsreglement, Unterzeichnung von Wahlvorschlägen

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, im Rahmen der nächsten Revision des Abstimmungsreglements

folgende Änderung in Art. 30 Abs. 2 des Wahlreglements vorzusehen: Parteien, welche bei den letzten Wahlen mindestens einen Sitz im Stadtrat erzielten, sind von der Unterschriftspflicht für die Wahlvorschläge ausgenommen.

Begründung

Administrativer Aufwand verringern und Anpassung ans System des Kantons

Stellungnahme des Gemeinderates

Der Gemeinderat unterstützt somit das Anliegen der FDP-Fraktion und nimmt den Auftrag an, bei der nächsten Revision des Erlasses eine Änderung vorzunehmen. Eine Revision der Gemeindeordnung GO und des Abstimmungsreglementes dürften im Rahmen der anstehenden Entwicklung der Stadtverwaltung Burgdorf im Rahmen von "Bmove" und der Digitalen Transformation zu diskutieren sein.

Der Stadtrat beauftragt einstimmig den Gemeinderat, die entsprechende Änderung des Wahlreglements in die Wege zu leiten.

10. Richtlinien- Auftrag SP-Fraktion betreffend Erstellung eines Sportanlagenkonzepts für die Stadt Burgdorf

Der Gemeinderat wird beauftragt zusammen mit der Standortfrage für Hallenbad und Skateranlage mit der Sportkommission, den Sportvereinen und den Sportanlagenbetreibern ein Gemeindesportanlagenkonzept GESAK auszuarbeiten. Dabei sollen alle Bedürfnisse frühzeitig erfasst und die Anlagenstandorte langfristig geplant werden um Synergien optimal nutzen zu können.

Der Gemeinderat beantragt mit einem angepassten Auftragstext Annahme: „Der Gemeinderat wird beauftragt, im Laufe der Legislatur 21-24 das bestehende Teil-GESAK für Aussensport-Anlagen zu einem Gesamt-Gemeindesportanlagenkonzept GESAK zu erweitern. Die bereits bestehenden Teil-GESAK-Inhalte sollen dabei aktualisiert werden.“ *Der Stadtrat stimmt dem Auftrag mit Änderung zu.*

11. Auftrag BDP-Fraktion betreffend Gleichstellung von schulpflichtigen Kindern in Vereinen bei der Benützung von stadteigenen Schul-, Sport- und anderen Anlagen

Ausgangslage

Die sportliche Betätigung von Jugendlichen ist ein wichtiger Aspekt bei der Entwicklung vom Kind zum Erwachsenen. Der Schulsport der Stadt Burgdorf wie

auch das zum Teil privat finanzierte Sportvereinswesen von Burgdorf leisten dazu einen wesentlichen Beitrag für die Einwohner. Die Stadt Burgdorf unterstützt dazu die Vereine und andere Vereinigungen mit Sitz in der Stadt Burgdorf mit der freien Benutzung der stadteigenen Anlagen durch schulpflichtige Kinder. Die entsprechenden Regelungen sind in der Gebührenverordnung (GebV) und der Verordnung über die Benützung von städtischen Anlagen (Anlagenutzungsverordnung, ANV) festgehalten, wobei sich diese auf die im direkten Besitz der Stadt Burgdorf befindenden Anlagen beziehen. Vereine, welche ihre schulpflichtigen Kinder in Sportstätten und Anlagen trainieren lassen, die sich im indirekten Besitz der Stadt Burgdorf (zum Beispiel Aktiengesellschaften mit einer Aktienmehrheit der Stadt) befinden, profitieren von dieser Regelung nicht.

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, in der Gebührenverordnung (GebV) die Regelung zur gebührenfreien Nutzung von stadteigenen Anlagen durch schulpflichtige Kinder von Vereinen mit Sitz in der Stadt Burgdorf auszuweiten.

Aus der Stellungnahme des Gemeinderates

[...] Es ist nicht zulässig, in einer städtischen Verordnung einer Aktiengesellschaft – auch mit städtischer Aktienmehrheit – einschränkende Auflagen zu machen. Aus diesem Grund kann dieser Weg nicht verfolgt werden. [...] Der Gemeinderat verfolgt deshalb den bereits langen bewährten Ansatz weiter: Die Entlastung soll den „Vereinen mit Jugendförderung“ wie bisher durch feste Beiträge der Stadt zukommen. Zusammenfassend hält der Gemeinderat fest, dass er die Stossrichtung der BDP-Fraktion teilt. Der beschriebene Weg im Auftrag ist jedoch nicht gangbar oder führt zu neuen Ungleichheiten. Das Anliegen der BDP fliesst aber in die Überarbeitung der jährlichen Förderbeiträge / Unterstützungsgelder für Sportvereine mit ein.

Über die formellen Probleme gibt es im Rat Einigkeit, und der Auftrag wird einstimmig bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

12. Überparteilicher Auftrag der BDP / EVP/ SP betreffend «Nur noch 1 Oberstufenzentrum Burgdorf»

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt

1. Nach positivem Abschluss der Machbarkeitsstudie „Neubau Hallenbad“ im Perimeter des Pestalozzischulhaus ein Gesamt-Oberstufenzentrum mit Tagesschule für Burgdorf zu prüfen,
2. Vor- und Nachteile eines Gesamt-Oberstufenzentrums sowie mögliche Auswirkungen auf den 13. Punkte Plan der Schulraumsanierung inkl. Kostenfolge aufzeigen.

Nach dem Gemeinderat entspricht dieser Auftrag voll und ganz seinem Ansinnen. Mit einem Oberstufenzentrum habe er sich bereits einmal auseinandergesetzt: Im Rahmen der Erarbeitung der Schulraumplanung und der Planungen auf dem Gsteig wurde ein solches für den Standort Gsteighof geprüft. Damals ergaben sich wesentliche grundsätzliche Bedenken gegen ein Zusammenziehen aller OberstufenschülerInnen an einem Schulort. Trotzdem müsse die Frage nach einem möglichen Oberstufenzentrum Pestalozzi jetzt geklärt werden.

Im Nachgang zum Standortentscheid Hallenbad hätten Verwaltung und Volksschulkommission eine „Kerngruppe Schulraumplanung“ gebildet, um sich unter anderem dieser Hauptfrage nach einem möglichen Oberstufenzentrum Pestalozzi zu widmen. Der Gemeinderat empfiehlt deshalb Annahme des Auftrags.

Der Auftrag wird einstimmig bei einigen Enthaltungen angenommen.

Interpellationen

... SP-Fraktion betreffend "Neuer Jugendraum in der ehemaligen Wagnerei"

Ist die alte Wagnerei wirklich der beste Standort für den neuen Jugendraum? Die SP-Fraktion im Burgdorfer Stadtrat will nicht unnötig viel Geld ausgeben für ein Provisorium (zusammenfassender Text der Berner Zeitung). *Die SP-Fraktion (Sprecherin: Gabriela Bannwart) hätte Infos über konkrete Pläne begrüsst und sich auch einen Plan B gewünscht. Insofern ist sie teilweise befriedigt über die Antworten des Gemeinderates.*

GLP-Fraktion betreffend Digitale Strategie

Die Interpellantin erkundigt sich nach dem Stand einer vom Chief Digital Officer erarbeiteten schriftlichen Strategie bezüglich Digitalisierung von Prozessen nach innen (z.B. Verwaltung) und nach aussen (zur Bürgerin hin). ... nach dem Zeitplan, wann und wie der Stadtrat über die Strategie informiert wird. ... nach den Prioritäten. ... Ob geplant sei, ein Sounding Board (z.B. analog zum Leitbild Integration Migration) einzurichten? Falls nein, warum nicht. *Die GLP-Fraktion erklärt sich befriedigt mit der Antwort des Gemeinderates.*

März-Stadtratssitzung

Datum: Montag, 22.03.2021 (19:00)

Quelle: Stadt Burgdorf und Zusammenfassung von M. Kronauer

Beschlüsse

In Anwesenheit von 38 Ratsmitgliedern behandelte der Stadtrat von Burgdorf die Geschäfte der Stadtratssitzung vom 22. März 2021.

4. Kreditabrechnung Beitrag Umsetzung neues Museumskonzept

Der Stadtrat genehmigte die Kreditabrechnung über den Beitrag an die Umsetzung eines neuen Museumskonzeptes mit Ausgaben von CHF 600'000.00.

5. Kreditabrechnung Ersatzbeschaffung Autodrehleiter

Der Stadtrat genehmigte die Kreditabrechnung für die Ersatzbeschaffung der Autodrehleiter (ADL) der Feuerwehr mit Ausgaben von brutto CHF 1'042'636.05, Minderausgaben von brutto CHF 57'363.95 und Nettoausgaben von CHF 1'029'411.05.

6. Markthalle Konsolidierung 2021

Die Markthalle AG liegt im Minus wegen der Coronakrise. Nach den früher beschlossenen Einschüssen befand sich der Geschäftsverlauf der Markthalle AG bis zum Shutdown auf gutem Weg. Da sie ein Betrieb der Stadt ist, kann nur die Stadt Härtefallhilfe leisten. Über das Ausmass und Bedingungen muss der Stadtrat beschliessen. Es ist ein Entscheid um die weitere Existenz.

Der Stadtrat fasste folgende Beschlüsse:

- 1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Gemeinderates sowie vom Businessplan 2021 bis 2025 der MHAG.
- 2. Er stimmt einer Übernahme der jährlichen Abschreibungen für die Jahre 2021 und 2022 zu. Die Abschreibungen werden von der Darlehensschuld der MHAG abgezogen. Sie sind im Budget der Produktgruppe 70 zu berücksichtigen. Ab 2023 muss die Situation neu beurteilt werden.
- 3. Er bewilligt als Härtefallhilfe in der Covid-19-Pandemie einen Beitrag à fonds perdu an die MHAG in Höhe der Unternehmensverluste 2021 + 2022 von maximal Fr. 450'000 zu Lasten der Investitionsrechnung. Die MHAG wird aufgefordert für die Dauer der Covid19 Einschränkungen den Personalaufwand den Gegebenheiten entsprechend auf ein Minimum zu reduzieren.
- 4. Die Rückzahlungsmodalitäten des Covid-19 Kredits der MHAG in der Höhe von Fr. 175'000 bleiben offen, um die Notwendigkeit einer à fonds perdu Leistung zu Lasten der Investitionsrechnung ebenfalls 2023 neu zu beurteilen.

7. Revision der Baurechtlichen Ordnung 2013 - 2018

Der Stadtrat beschloss das revidierte Baureglement.
Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

8. Coop Oberburg Erlass Zone mit Planungspflicht

Der Stadtrat beschliesst die Änderung der baurechtlichen Grundordnung ZPP Coop Oberburg.
Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

9. ZPP Uferweg

Der Stadtrat beschliesst die Änderung der baurechtlichen Grundordnung ZPP Uferweg.
Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

10. Überparteilicher Auftrag SP, Grüne und EVP betreffend Anpassung der Eigentümerstrategie der Localnet AG

mit einem vom Gemeinderat beantragten geänderten Wortlaut: "Der Gemeinderat wird beauftragt, in der kommenden Legislatur die Eigentümerstrategie der Localnet AG dahin gehend zu formulieren, dass auch zukünftig die Einspeisevergütungen für Solarstrom mit Nachhaltigkeitszertifikaten einen rentablen Betrieb der Solarstromanlagen ermöglichen und deutlich über schweizerischen Durchschnitt aller EVUs liegt."

Der geänderte Auftrag wurde an den Gemeinderat überwiesen.

11. Motion SP-Fraktion betreffend Digitale Wahlhilfe in Burgdorf (smartvote)

Die Motion wurde in ein Postulat umgewandelt und an den Gemeinderat überwiesen.

12. Motion GLP-Fraktion betreffend Abschaffung Unterzeichnung Wahlvorschlag

Die Motion wurde an den Gemeinderat überwiesen.

13. Postulat Esther Liechti-Lanz und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend «Förderung von biodiversen Privatgärten»

Die EVP ersucht mit einem Postulat den Gemeinderat, zur Förderung, Motivierung und Honorierung von biodivers gehaltenen Privatgärten auf Stadtgebiet die Vergabe eines jährlichen Wanderpokals zu prüfen.

Das Postulat wurde an den Gemeinderat überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.

14. Interpellation GLP-Fraktion betreffend Integration von Migrantinnen und Migranten

15. Interpellation EDU (SVP/EDU-Fraktion) betreffend Offenlegung von Kosten für Behandlung eines parlamentarischen Vorstosses

Februar-Stadtratssitzung

Datum: Montag, 08.02.2021 (19:00)

INHALT DER GESCHÄFTE UND BESCHLÜSSE

zusammengefasst durch M. Kronauer

Wahlen

"Nachrücken": ◦ Karin Fankhauser (FDP) als Präsidentin, Esther Liechti (EVP) als 1. Vizepräsidentin.

Als 2. Vizepräsident schlägt die BDP Yves Greisler vor. *Er wird gewählt*

Als Stimmzählerinnen oder Stimmzähler *gewählt werden Franca Maurer, Grüne, und Ulrich von Känel, GLP.*

Die EDU Burgdorf stellt Christoph Lengacher als Kandidat für ein Mandat in der Sozialkommission. *Alle Kandidierenden für die Kommissionen und auch die Präsiden werden gewählt.*

Motion SP-Fraktion betreffend Offenlegung der Finanzierung von Partei-, Wahl- und Abstimmungskampagnen

Die Fraktion will den Gemeinderat beauftragen, Schritte zur Erarbeitung eines Reglements vorzunehmen, welches die Offenlegung der Finanzierung von Parteien, insbesondere ihrer Wahl- und Abstimmungskampagnen, auf kommunaler Ebene regelt.

Dies sei ein Gebot der Transparenz und werde in vielen europäischen und amerikanischen Staaten so gehandhabt. Burgdorf soll wie schon die Stadt Bern in diesem Schritt vorangehen.

Der Gemeinderat beantragt Ablehnung der Motion. Zitat aus seiner Antwort: «Eine solche Regelung für eine Kleinstadt wie Burgdorf mit kleinen Parteien und entsprechend auch tiefen Budgets wäre unverhältnismässig.»

Der Rat wird wohl darüber diskutieren, ob diese Offenlegung der Finanzen wirklich ein Kernelement für unsere direkte Demokratie ist.

Vom Gemeinderat her erfolgt noch die Information, dass sich Burgdorf in Zukunft auch an Smartvote beteiligen will, um dort die Abstimmungsvorlagen für die Stimmberechtigten zu präsentieren. Ausserdem wird dafür plädiert, Erfahrungen aus der Stadt Bern abzuwarten, wo diese Regelung schon in Kraft ist. Ausserdem plädiert er dafür, Erfahrungen aus der Stadt Bern abzuwarten, wo diese Regelung schon in Kraft ist. Doch der Sprecher der SP- Fraktion setzt sich dafür ein, dass Burgdorf eine Vorreiter- Rolle einnimmt. Er ist der Meinung, dass die Einführung der Regelung im

Sinne aller Parteien sei. Die Gegenargumente des Gemeinderates und der FDP vermögen nicht zu überzeugen. Der Rat überweist die Motion mit 20 : 16- Mehrheit an den Gemeinderat. Dieser muss nun also ein entsprechendes Reglement ausarbeiten und vorlegen.

Postulat Esther Liechti-Lanz und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend
"Verkehrskreiselgestaltung durch Burgdorfer Firmen"

So schreibt die Berner Zeitung BZ: Die Kreisel in Burgdorf sind mindestens zum Teil schmucklos. Die EVP-Stadträtinnen möchten dies ändern und den Platz für dezente Firmenwerbung nutzen.

Der Gemeinderat wendet ein, dass drei der Kreisel in Burgdorf befahrbar sein müssen. Für die restlichen Kreisel ist eine Gestaltung möglich durch eine Regelung auf Kantonsebene. Der Gemeinderat ist bereit für eine Ausschreibung unter Bedingung der Einhaltung der Vorschriften und der Selbstfinanzierung durch die Interessenten.

Wie schon der Gemeinderat beantragt, stimmt der Rat dem Postulat unter gleichzeitiger Abschreibung zu. Anderes als der erwähnte Vorschlag wird also der Gemeinderat in dieser Sache nichts weiteres mehr unternehmen.